

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition
 Brückenstraße 10 und bei den Depots 2 M., bei allen Post-
 Anstalten des Deutschen Reichs 2 M. 50 Pf.

Thorner

Insertionsgebühr
 die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
 Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10,
 Heinrich Neg, Kopernikusstraße.

Ostdeutsche Zeitung.

Inserten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fährig, Ino-
 woglaw: Gustav Ballis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke.
 Graubenz: Gustav Köpke, Lautenburg: M. Jung.
 Collub: Stadtkämmerer Aukten.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstraße 17.
 Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
 Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inserten-Annahme auswärts: Berlin: Haafenstein u. Boglar,
 Rudolf Meise, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. S. Danne u. Ko.
 u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Coblenz, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Kassel u. Nürnberg 2c.

Abonnements - Einladung.

Das Abonnement auf die
„Thorner Ostdeutsche Zeitung“

für das I. Quartal 1892 bitten wir recht-
 zeitig erneuern zu wollen, damit in der Zu-
 sendung keine Unterbrechung eintritt.

Der Abonnementspreis für
 die Thorner Ostdeutsche Zeitung nebst
„Illustriertes Unterhaltungsblatt“
 (Gratis-Beilage)

beträgt pro Quartal bei der Post 2,50 Mark,
 frei in's Haus 2,90 Mark, bei der Expedition
 und den Ausgabestellen 2 Mark.

Die Expedition
 der „Thorner Ostdeutschen Zeitung“.

Vom Reichstage.

Der Reichstag beendigte in der Sitzung am
 Donnerstag endlich die zweite Verathung der Handels-
 verträge. Vielfach erhielt man den Eindruck, daß in
 der Opposition auf der rechten Seite seit Tags vorher
 eine gewisse Umstimmung eingetreten ist. Geschäfts-
 ordnungsmäßig hätte bei Widerspruch von 15 Mit-
 gliedern die dritte Verathung erst Sonnabend statt-
 finden können. Statt dessen beantragte nunmehr

Abg. v. Kardorff selbst, die dritte Verathung
 schon an diesem Freitag Vormittag 10 Uhr vorzu-
 nehmen. Demgemäß wurde auch Beschluß gefaßt.
 Hiernach wird also die Verhandlung über die Handels-
 verträge am Freitag zum Abschluß gelangen und der
 Reichstag in die Ferien gehen können. Der schweizerische
 Handelsvertrag dagegen wird erst im Januar nach
 Wiederaufnahme der Sitzungen zur Verhandlung ge-
 langen. Die Spezialdiskussion knüpfte zunächst an
 denjenigen Artikel des Vertrags mit Oesterreich an,
 welcher die Eisenbahntarife behandelt.

Graf Kanitz versuchte Befürchtungen wegen der
 Refaktien auf österreichisch-ungarischer Seite zu er-
 wecken.

Abg. Schrader widerlegte ihn mit dem Hinweis,
 daß solche Befürchtungen einer früheren Zeit ange-
 hören und daß schon die neuere Berner Konvention
 auch Oesterreich das Refaktienwesen untersagt. Nun-
 mehr hatte die Opposition die Munition gegen die
 Handelsverträge bereits vollständig verschossen. Um
 wenigstens noch einige Zeit mit Plakpatronen auszu-
 füllen, wurden allerlei nebensächliche Erörterungen an-
 gesponnen, so beispielsweise tiefgehende Untersuchungen
 von den

Abg. Kanitz und v. Kardorff eingeleitet über
 das Verhältnis des Zeitartikels der „Freisinnigen
 Zeitung“ über den schweizerischen Handelsvertrag zu
 dem Verhalten der freisinnigen Partei. Man glaubte
 Meinungsverschiedenheiten zwischen dem

Abg. Richter und dem Abg. Richter heraus-
 wittern zu können. Zuerst die

Abg. Schrader und Richter, dann in scherz-
 hafter Form

Abg. Meyer machten den Herren auf der rechten
 Seite klar, daß man von dem Ungerechten und den
 Mängeln der neuen Handelsverträge überzeugt sein
 könne und doch für dieselben stimmen müsse, weil ein
 unvollkommener Paletot immer noch besser sei als
 gar keiner.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Dezember.

Der Kaiser nahm am Donnerstag
 verschiedene Vorträge, u. a. den des Kriegs-
 ministers entgegen.

Die Handelsverträge mit
 Oesterreich-Ungarn, Italien
 und Belgien im Reichstage in dritter
 Verathung werden heute endgültig angenommen
 werden. Und was das Beste ist: die Gegner
 der Verträge haben sich ausdrücklich bemüht,
 die dritte Verathung, die erst am Sonnabend
 stattfinden sollte, schon morgen zu ermöglichen.
 Der Präsident hatte eine andere Tagesordnung
 für morgen vorgeschlagen. Da erhob sich der
 Abg. v. Kardorff und beantragte, um der
 Majorität entgegenzukommen, die 3. Verathung
 der Verträge schon morgen vorzunehmen. Abg.
 v. Massow, Namens der konservativen Gegner
 der Verträge erklärte sich damit einverstanden.
 Da Niemand widerspricht, sagte der Präsident
 v. Levetzow, werde ich nach dem Antrag
 Kardorff verfahren. In diesem Augenblick
 erhob sich unter großer Heiterkeit des Hauses
 Abg. Liebermann von Sonnenberg, um gegen
 die Abkürzung der geschäftsordnungsmäßigen
 Frist zwischen der 2. und 3. Verathung Ein-

spruch zu erheben. Er kam glücklicher Weise
 zu spät. Uebrigens haben die Parteien sich
 verständigt, die Redelust möglichst zu beschränken
 und da die Sitzung um 10 Uhr beginnt,
 hoffen die auswärtigen Mitglieder, schon mit
 den Mittagsszügen die Reise in die Heimath
 antreten zu können. Bis dat, qui cito dat,
 sagte Fürst Bismarck, als er im Jahre 1879
 den neuen Zolltarif vorlegte.

In den Motiven zu den
 Handels- und Schifffahrts-
 verträgen zwischen Italien und Deutsch-
 land und Italien und Oesterreich heißt es:
 ein Bündniß, welches ein Unterpfand des
 Friedens sei, vereinige Italien mit den beiden
 zentralen Reichen. Man wolle jetzt das
 Friedenswerk auch in der Sphäre der mate-
 riellen Interessen fördern.

Der neue Weingesetz-
 wurf wird, wie Staatssekretär v. Boetticher
 in der gestrigen Sitzung des Reichstages an-
 kündigte, die Bestimmung enthalten, daß als
 Verfälschung insbesondere anzusehen ist die
 Herstellung von Wein unter Verwendung eines
 Aufgusses von Zuckerwasser auf ganz oder
 theilweise ausgepreßte Trauben.

Differentialzölle. Graf
 Mirbach, der sich so sehr für Differentialzölle
 interessiert, um den Freisinnigen vor den
 Handelsverträgen graulich zu machen, hat sich
 das beste Argument entgehen lassen. Im
 Schlußprotokoll zu Art. 1 und 3 des deutsch-
 schweizerischen Protokolls ist zu lesen: „Der
 Schweizerische Bundesrath erklärt sich bereit,
 für das aus dem freien Verkehr der Schweiz
 nach Deutschland eingehende, aus einem in
 Deutschland nicht meistbegünstigten Lande
 stammende Getreide sowie für dergleichen Weine
 die deutschen Vertragszölle auf Verlangen der
 kaiserlich deutschen Regierung nicht zu bean-
 spruchen“. Die Möglichkeit deutscher Differen-
 tialzölle auf Getreide und Wein ist damit
 statuiert, wenn auch die Verpflichtung, welche
 die Schweiz übernimmt, nur dann praktisch
 wird, wenn die deutsche Regierung das im
 Schlußprotokoll vorgesehene „Verlangen“ stellt.
 Daß nicht-meistbegünstigtes, d. h. russisches oder
 rumänisches Getreide den Umweg über die
 Schweiz machen sollte, um die Zoll Differenz von
 1,50 M. zu ersparen, ist kaum wahrscheinlich.
 Französische Weizen würde unter allen Um-
 ständen auf Grund des Art. XI des Frank-
 furter Friedens meistbegünstigt sein. Nicht-
 meistbegünstigter Wein kann über die Schweiz
 nur aus Frankreich kommen, dessen Weine als
 nicht-meistbegünstigt dann anzusehen wären,
 wenn ermäßigte Weinzölle nur Italien, auf
 welche Art. XI des Frankfurter Vertrages sich
 nicht bezieht, zugestanden wären. Auf welche
 Eventualität die obige Bestimmung des Schluß-
 protokolls sich bezieht, bleibt demnach dunkel.
 In der Denkschrift zum Vertrage mit der
 Schweiz wird nur gesagt: die bezügliche Be-
 stimmung sei nur aufgenommen, um Deutsch-
 land n ö t h i g e n f a l l s verhindern zu
 können, daß diese Gegenstände (Getreide, Wein)
 aus nicht-meistbegünstigten Ländern auf dem
 Wege über die Schweiz zu den ermäßigten Ver-
 tragszöllen nach Deutschland eingeführt werden.
 Wir fühlen uns durch dies „n ö t h i g e n f a l l s“ nicht
 beunruhigt.

Herabsetzung des Baumwoll-
 garnzölles. Im Vertrage mit der Schweiz
 ist endlich die Herabsetzung des deutschen Zolls
 für seine Baumwollgarne erfolgt, welche seitens
 der theilhaftigen Industrien seit 1879 vergeblich
 gefordert worden ist. Jetzt endlich giebt die
 Regierung zu, daß die von der Zollerrhöhung
 erwartete Wirkung, nämlich die Entwidlung
 der Feinspinnerei auf deutschem Boden, nicht
 eingetreten ist und daß deshalb die Ermäßigung
 der Zollsätze „keinen Bedenken“ unterliege.
 Das muß nachgerade auch der rabiateste
 Schutzzöllner eingestehen. Die Freihändler
 haben es schon 1879 behauptet.

Suprema lex regis voluntas. Bei der
 Debatte über den Militäretat in der bairischen
 Abgeordnetenversammlung hielt der freisinnige Abg.

Gerst. Bach eine längere Rede, in welcher der-
 selbe unter anderem folgendes ausführte: „Wir
 in unserem bairischen Staate haben glücklicher-
 weise doch noch nicht den Satz proklamieren
 hören, der wohl auch bei uns niemals Geltung
 finden wird: Suprema lex regis voluntas! Für
 mich besteht vor Allem der Satz: „Justitia
 fundamentum regnorum“ („Gerechtigkeit ist die
 Grundlage der Königreiche“). Diesem Satz ist
 bisher in Baiern gehuldigt worden und soll
 auch weiter gehuldigt werden, und was für uns
 das Höchste und Wichtigste ist, das ist der
 Grundsatz, daß nach unserer bairischen Ver-
 fassung Gleichheit vor dem Gesetze besteht, und
 die Gleichheit soll überall im ganzen Staate
 bestehen. Meine oberste lex, das ist unsere
 bairische Verfassung, und da finden wir uns
 zusammen, da kann es heißen in unserem Baiern,
 daß Fürst und Volk darin einig gehen, daß
 unsere bairische Staatsverfassung das oberste
 Gesetz ist.“ (Bravo.)

Daß die neue russische
 Anleihe von einer deutschen Bank über-
 nommen werde, wurde bereits von der „Rztg.“
 angekündigt, erschien uns jedoch wenig glaub-
 haft. Nun ist es aber doch der Fall: der
 Direktor Fürstberg von der Handelsgesellschaft
 hat mit der Kurl-Riwer Eisenbahn ein „Vor-
 schußgeschäft“ gegen Verpfändung von Obliga-
 tionen abgeschlossen. Der Name des „Pa-
 trioten“, der den Russen deutsches Kapital zuzuführen
 sich bemüht, ist also nun bekannt. Nun
 wird aber auch dieses Mal wieder das Gerücht
 ausgepumpt, an maßgebender Stelle werde die
 Negotiation einer Anleihe für russische Eisen-
 bahnzwecke an hiesiger Börse gebilligt. Das
 halten wir zwar für unmöglich, meinen aber
 auch, daß das deutsche Publikum wohl ein
 Recht hat zu verlangen, daß solchen Wachs-
 schaften der theilhaftigen Börsenkreise ungesäumt
 durch ein kategorisches offizielles Dementi ein
 Ende gemacht werde.

Der Entwurf des Brunk-
 fuchsengesetzes hat in den Ausschüssen des
 Bundesraths nur unwesentliche Veränderungen
 erfahren. Hauptsächlich bestehen dieselben darin,
 daß es den Landesregierungen überlassen worden
 ist, gewisse Bestimmungen zu treffen, welche
 der erste Entwurf selbst getroffen hatte. So
 sollen die Landesregierungen bestimmen, was
 als Kleinhandel anzusehen ist, und ob das Ge-
 setz auf Konsum- und andere Vereine Anwen-
 dung finden soll. Das Verbot der Brant-
 weinabgabe in Mengen von weniger als 1/2
 Liter ist auf 1/4 Liter beschränkt; ganz beseitigt
 ist die Bestimmung, daß die Ertheilung der Er-
 laubniß zum Kleinhandel mit Brantwein in
 Ortschaften von mehr als 5000 Einwohnern an
 die Bedingung geknüpft sei, daß das Gewerbe
 nicht in Verbindung mit einem Kleinhandel
 anderer Art betrieben werde. Weiterhin ist
 bestimmt, daß Räume, welche zum Betriebe
 eines Handelsgeschäftes oder Handwerks dient,
 nur zum Ausschank von Brantwein nicht be-
 nutzt werden und mit den Schankräumen nicht
 in unmittelbarer Verbindung stehen dürfen,
 während dies nach dem ersten Entwurf für
 alle Gast- und Schankwirtschaften gelten sollte.
 Ferner ist gestrichen, daß in jeder Gast- und
 Schankwirtschaft Vorsorge getroffen werden
 müsse, welche es ermöglicht, den Gästen auch
 andere als geistige Getränke, sowie die nach
 Lage der örtlichen Verhältnisse zu beschaffenden
 Speisen zu reichen. Es scheint, daß der Ent-
 wurf in dieser Gestalt schon in den nächsten
 Tagen zur Annahme und zur Vorlage im
 Reichstage gelangen wird.

Die „Konservative Korre-
 spondenz“, das Organ des Herrn v. Hell-
 dorff, welches für die Handelsverträge einge-
 treten war, sieht sich nunmehr genöthigt, aus-
 drücklich hervorzuheben, daß in der Fraktions-
 sition vom 9. d. M. eine erhebliche Mehrheit
 sich für die Ablehnung der Handelsverträge
 ausgesprochen hat.

Der Niedergang der konser-
 vativen Parteien in Berlin dokum-
 mentirte sich in einer gestern Abend Köpnick-

straße Nr. 100 abgehaltenen Versammlung des
 „Konservativen Wahlvereins des dritten Ber-
 liner Reichstagswahlkreises“, in welcher der
 Reichstagsabgeordnete Herr v. Jagow einen
 Vortrag über „die gegenwärtige politische Lage“
 — speziell gegen die Handelsverträge — hielt.
 Das Erscheinen mehrerer Mitglieder der kon-
 servativen Fraktion war zugesagt. Bis gegen
 9 1/2 Uhr hatten sich jedoch nur gegen
 70 Zuhörer eingefunden, ausschließlich Anti-
 semiten. Diese erklärten Herrn v. Jagow,
 daß die Zeit des reinen Konservatismus
 für Berlin längst vorüber sei. Damit könne
 man nur ausgelacht werden. In Berlin habe
 nur noch eine „deutsch-nationale Partei“, welche
 sich dem Antisemitismus anschließe, eine Zu-
 kunft. Ein konservativer Handwerker, wie er
 sich bezeichnete, bemerkte, daß die konservativen
 Parteien die Handwerker seit zehn Jahren an
 der Nase herumgeführt haben, und daß die
 Mehrzahl der Handwerker deshalb jetzt zur
 Opposition, viele sogar zur Sozialdemokratie
 übergegangen seien. Mit theoretischen Abhand-
 lungen sei den Handwerkern und Arbeitern
 nicht gebiet.

Daß Schweden und Norwegen
 einen engeren Anschluß, als er bisher
 besteht, an das jetzige System der deutschen
 Handelspolitik anstreben werden, gilt für sehr
 wahrscheinlich. Was aber weiter darüber in
 der Presse auftaucht, ist einstweilen mit Vorsicht
 aufzunehmen.

Bei der Reichstagsersaß-
 wahl in Bayreuth ist der national-
 liberale Kandidat Caspelmann mit einer Mehr-
 heit von mehreren hundert Stimmen gewählt
 worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wie der „A. R. K.“ aus Wien gemeldet
 wird, ist Kaiser Franz Josef durch eine leichte
 katarrhalische Erkrankung seit mehreren Tagen
 an das Zimmer gefesselt, ertheilt jedoch trotzdem
 Audienzen allgemeinen Charakters.

Nach einem Privattelegramm des „Berl.
 Tagebl.“ aus Wien ist Erzherzog Ernst der
 Ältere, ein älterer Bruder der jüngst ver-
 storbenen Erzherzöge Sigismund und Heinrich
 gleichfalls an der Lungentzündung schwer er-
 krankt.

Im Abgeordnetenhaus wurde dem tschechischen
 Abgeordneten Gregor ein Ordnungsruf ertheilt,
 weil er äußerte, die Königswahl von 1526
 wäre anders ausgefallen, wenn die Vorfahren
 die Mißhandlung ihrer Sprache und Nationalität
 vorausgesehen hätten. Als der Abgeordnete
 Gregor darauf fortfuhr, die Wiederherstellung
 des böhmischen Staatsrechts würde der Monarchie
 und der Dynastie zum Glücke gereichen, gegen-
 wärtig fördere man die Abneigung und den
 Haß gegen den Staat, erfolgte der Ordnungsruf.
 Gregor schloß unter dem lauten Beifall
 der Jungtschechen, das Reich möge Frieden
 schließen mit den Völkern auf der Basis der
 Gerechtigkeit.

England.

Nach Meldungen aus London sollen
 zwischen England und Portugal Verhandlungen
 schweben über einen Plan zu gemeinschaftlicher
 Verwaltung der ostafrikanischen Besitzungen
 Portugals durch beide Regierungen.

Rußland.

Aus Petersburg wird telegraphirt:
 Täglich wird bestimmter von dem wahrschein-
 lichen Rücktritt des Verkehrsministers Gubbenel
 gesprochen. Er scheint als erstes Opfer zu
 fallen. Der Kaiser soll aufs ängstlichste über die
 Thatsache aufgebracht sein, daß auf den Bahnen
 im Süden riesige Getreidemassen unbefördert
 liegen bleiben müssen, während ganze Gouverne-
 ments hungern, nur weil nicht zeitig genug
 entsprechende Vorkehrungen von der Bahnver-
 waltung getroffen sind. Als Nachfolger Gubbenel's
 wird vielfach General Annenow genannt, be-

kanntlich ein General, dessen Fähigkeiten un-
gemein verschieden beurtheilt werden. Er scheint
augenblicklich viel Aussicht zu haben.

Orient.

Wie eine Depesche des „Al. Journ.“ meldet,
denkt die französische Regierung über den Z w i s t
mit Bulgarien jetzt bereits ruhiger. Die
Abreise des französischen Konsuls ist bis jetzt
noch nicht erfolgt und unterbleibt vielleicht ganz.
— Wir hatten das vorausgesehen, wenn wir
sagten, daß die Beziehungen doch bald wieder
angeknüpft werden würden.

Nach einem Privattelegramm aus Sofia
hat die französische Regierung ihren Konsuln in
Ruschkuk, Burgas und Philippopol befohlen,
gleichfalls abzureisen. Die Vertretung der
französischen Interessen soll die englische Diplo-
matie in Sofia übernehmen. Hier glaubt man
allgemein, die Ausweisung des Journalisten
Chabourne werde nur als Vorwand benutzt,
um das Versäumnis Frankreichs gutzumachen,
das dadurch begangen ist, daß die französischen
Vertreter nicht gleichzeitig mit den russischen ab-
gezogen sind.

Asien.

Aus S h a n g h a i (China) wird dem
„Berl. Tagebl.“ gemeldet: In vielen Gegenden
der Provinz Shanghai wurden Plakate angeheftet,
welche die Bevölkerung zur Niederwerfung der
christlichen Missionare auffordern. In der
Provinz Honan wurden Missionare überfallen;
nähere Nachrichten fehlen jedoch noch. Die
Rebellion in Nord-China ist anscheinend
unterdrückt.

Amerika.

Ueber die Lage in Brasilien wechseln
die Nachrichten jeden Tag. Nach den letzten
Meldungen aus Rio de Janeiro ist in Sao
Paulo in Folge der Demission des Gouverneurs
die Ruhe wieder hergestellt. — In Brasilien
ist das gelbe Fieber ausgebrochen; besonders
wird der Hafen Santos in Sao Paulo als von
der Seuche ergriffen namhaft gemacht.

Provinzielles.

× **Gollub.** 17. Dezember. (Mißbrauch.
Strafverfahren.) Der Mißbrauch, schulpflichtige
Kinder nach Legehölz in den Wald, statt in die
Schule zu schicken, sie auch zum Schmuggel an-
zuhalten, ist hier stark im Gange. Daß die
Kinder dadurch häufig Taugenichtse werden ist
sicher; dem Treiben sollte daher wohl möglichst
Einhalt gethan werden. — Gegen einen hiesigen
Einwohner ist Strafverfahren angestrengt, weil
er kurz vor Eintritt des Getreide-Ausfuhrver-
botes von Kindern Weizen billig gekauft hatte,
den die letzteren von den Zufuhrwagen gestohlen
hatten.

+ **Strasburg.** 17. Dezember. (Tele-
phonanlage.) Den Vorzug, Fernsprechanlagen
in persönlichen Gebrauch zu nehmen, genießen
nicht mehr die Großstädter allein. Seit längerer
Zeit steht bei sämtlichen Postanstalten, welche
Telephonverbindungen haben, dem Publikum die
Benutzung des Apparats gegen eine Gebühr von
1 Mark für 5 Minuten zur Verfügung. Von
unerschätzbarem Werth erweist sich diese Bewilli-
gung namentlich für die Landbewohner, zumal
jetzt beinahe jede Postagentur mit einem Telephon
versehen ist. So kann man z. B. bei plötzlichen,
schweren Erkrankungen den Arzt in der Stadt
an den Apparat rufen lassen und ihn konsultiren,
dringende Geschäfts-Angelegenheiten können
zwischen Gutsbesitzern und den Kaufleuten per-
sönlich besprochen werden u. s. w. Es verdient
daher diese Einrichtung in den weitesten Kreisen
mehr als bisher bekannt zu sein.

Strasburg. 17. Dezember. (Erfindung.)
Der hiesige Schlossermeister G. Thiel, ein
denkender und findiger Industrieller, der leider
nur nicht mit Glücksgütern gesegnet ist, um
seine Erfindungen mit Nachdruck auf den Welt-
markt zu bringen, hat kürzlich dem Reichs-
Eisenbahnamt ein recht wohl gelungenes Modell
von Eisenbahnwagen, die auf leichte Weise
schnell gekuppelt und entkuppelt werden können,
eingereicht. Er rechnet auf Erfolg. Vor
mehreren Jahren errang er auf einen Kartoffel-
pflug für Preußen ein Patent, das sich ein
Anderer für das Deutsche Reich nutzbringend
gemacht hat.

× **Löbau.** 17. Dezember. (Verschiedenes.)
Seit Eröffnung unseres Schlachthaus wurde
gestern der erste Fall eines trichinösen Schweines
durch den Schlachthaus-Inspektor Herrn Thier-
arzt Ott entdeckt. — Herr Regierungs- und
Schulrath Pfennig aus Marienwerder weilte
seit Montag in unserer Stadt, um einige zum
Inspektions-Besuche gehörige Landschulen
zu visitiren. — Der kürzlich vor dem Schwur-
gerichte in Thorn wegen Körperverletzung mit
nachfolgendem Tode zu vier Jahren Zuchthaus
verurtheilte Arbeiter Manischewski von hier,
hatte sich gestern vor der hiesigen Strafkammer
wegen Betheiligung an einer Schlägerei zu ver-
antworten. Wie wir hören wurden ihm noch
drei Monate Gefängnis hinzubisittet. Da M.
ein gemeingefährlicher Mensch ist, so liegt es im
öffentlichen Interesse, daß derselbe für eine ge-
raume Zeit unschädlich gemacht ist.

Marienwerder. 17. Dezember. (Zucker-
fabrik.) Unsere Zuckerfabrik hat am Sonnabend

ihre diesjährige Thätigkeit beendet. Verarbeitet
wurden während der Kampagne 357 770 Zentner
Rüben.

Danzig. 17. Dezember. (Todesfall.) Der
hiesige dänische Konsul Müller, 1864 der erste
dänische Offizier auf Allen, welcher den Ueber-
gang der Preußen bemerkte, ist an der Influenza
gestorben.

Marienburg. 16. Dezember. (Räube-
rischer Ueberfall.) Der Hausknecht Neumann
bei Herrn Kaufmann Jöbst in Rathhof wurde
der „Nog. Btg.“ zufolge vorgestern in der
Abendstunde nach der Stadt geschickt, um eine
größere Geldsumme zur Post zu befördern.
Als er sich auf den Wege dahin auf dem
Nogatdamm befand, fielen plötzlich drei Kerle
über ihn her und hieben mit Knütteln auf ihn
ein. Neumann wußte sich jedoch von seinen
Angreifern zu befreien und floh nun nach der
Eisenbahnbrücke zu. Da trachte plötzlich ein
Schuß und traf die Kugel den Verfolgten in
das Bein, der trotzdem weiter floh. Aber auch
die drei Räuber, denn auf eine Beraubung
des Neumann war es sicherlich abgesehen,
nahmen jetzt Reißaus, da durch den Lärm an-
geloct, mehrere Personen nahen. — Einige
Tage zuvor fielen an derselben Stelle ebenfalls
drei Kerle einen jungen Kaufmann an, der sich
ihrer nur mit Mühe erwehren konnte. Es
scheint darnach, daß der Nogatdamm an jener
Stelle gern als Operationsfeld für allerhand
Gesinde benutzt wird und dürfte deshalb eine
strengere polizeiliche Bewachung desselben am
Platze sein.

Labischin. 17. Dezember. (Raubmörder.)
Am Abend des 14. Dezember wurde der „D.
Pr.“ zufolge in das hiesige Gerichtsgefängnis
ein Mann eingeliefert, der in dem Verdacht
steht, der von der Staatsanwaltschaft zu Elbing
gesuchte Raubmörder Rastinski alias Borowski
zu sein. Er wurde durch den Gendarm Gule
in Bartschin im Rallbruch Hansdorf unter den
dortigen Arbeitern verhaftet. Seine Papiere
lauten auf den Namen Borowski.

Elbing. 17. Dezember. (Aus der Haft
entlassen) wurde der hier verhaftete Schneider-
geselle Johannes G., der im Verdacht stand,
den Mord an der Nische in Berlin begangen
zu haben; er hat seine Unschuld dargethan, in-
dem es sich herausstellte, daß er zur Zeit des
Mordes garnicht in Berlin gewesen ist.

Elbing. 17. Dezember. (In großer Ge-
fahr) schwebten nach der „E. Z.“ am Sonn-
abend 7 Männer auf dem frischen Haß. Der
Ziegeleibesitzer W. aus Gr. Steinort war mit
drei Tollemiter Schiffen und dreien seiner Leute
auf zwei Segelböten über Haß nach Stuthof
gefahren, um von dort einen Sandbagger zu
holen. Auf dem Hinwege fuhren sie durch das
Westloch, kamen aber infolge des Sturmes, der
sich mittlerweile erhoben hatte, nicht bis Stuthof,
sondern mußten sich entschließen, umzukehren,
da sie stundenlang auf einer Stelle arbeiteten.
Da der Wasserstand im Westloch nur ein sehr
geringer war, fuhren sie zurück um den Moolen-
kopf. Der Sturm wurde nun immer stärker,
so daß sich die Mannschaft verloren glaubte,
da jede Welle über die Boote ging und diese
voll Wasser schlugen. Dazu kam noch, daß
einem Boote das Steuer brach. Glücklicher
Weise kamen jedoch sämtliche Insassen, welche
den Tod vor Augen sahen, wenn auch bis auf
die Haut durchnäßt, ans Land.

Elbing. 17. Dezember. (Ein bettelnder
Strolch) schlug gestern Abend in einem Hause
der Schmiedestraße ein Schaufenster vorsätzlich
ein. Als Grund gab der Mensch der „Allpr.
Btg.“ zufolge bei seiner Verhaftung an, daß er
abgewiesen sei und um für längere Zeit sichere
Unterkunft zu haben, hätte er das Fenster ein-
geschlagen.

Fischhausen. 17. Dezember. (Schiffbruch.)
Bei dem großen Sturm dieser Tage wurden
Leute aus dem Bernsteinbergwerk Palmnicken,
welche am Strande beschäftigt waren, auf einen
vor dem Winde dahergelagerten Schooner auf-
merksam. Das Schiff mußte augenscheinlich
vom Kours abgekommen sein, denn es ver-
suchte mehrere Male gegen den Wind aufzu-
kommen, aber vergebens, es schien sich immer
mehr dem Steingrunde der Küste zu nähern.
Abends erfolgten Nothsignale von dem Schiffe
und dumpfe Rufe über das Wasser; aber
Niemand wagte sich bei dem furchtbaren
Sturm auf das Meer hinaus. Am andern
Morgen fand man Planen angeschwemmt, die
jedenfalls von einem ausgelegten Boote her-
rühren. Von dem Schiffe hat man bis jetzt
noch nichts gefunden.

Wormditt. 16. Dezember. (Entgleisung.)
Gestern Abend entgleiste hier vor dem einlaufen-
den Personenzuge die Lokomotive und riß drei
Wagen mit dem Geleise.

r. Schults. 17. Dezember. (Seltsamer
Brief. Stiftungsfest. Weihnachtsbescherung.)
Gestern erhielt der hiesige Fleischermeister J.
Pohl einen Brief aus Spaniens Hauptstadt,
welcher in französischer Schrift abgefaßt war.
Da er selbst den Brief nicht lesen konnte, so
kam er damit zu den hiesigen Lehrern, wovon
sich denn auch zwei bemächtigten und das überaus
lange Schriftstück übersetzten. In dem Schreiben
wird P. von einem dort im Gefängnis

Schmachtenden gebeten, die Tochter des Ge-
fangenen, welche sich in einem dortigen Pen-
sionat befindet, zu sich zu nehmen. P. soll
dafür ungefähr zehntausend Thaler, ein Drittel
des Vermögens, welches der Gefangene vorgiebt
zu besitzen, erhalten. Die Adresse des Pensionats
ist genau angegeben und der Brief Manuel
Serrano unterschrieben. Der Absender ist dem
Empfänger vollständig unbekannt und wird hier
höchst wahrscheinlich ein Schwindel vorliegen.
P. soll wohl so leichtgläubig sein und das
Reisegeld fenden, damit das Fräulein aus der
Pension kammt. — Am 1. Januar wird der
Gesangverein „Sängerrunde“ im Krüger'schen
Saale sein einjähriges Stiftungsfest feiern.
Chorgefänge, Duette und Solis werden ab-
wechseln; außerdem wird eine humoristische
Operette „Der geprellte Ochsenwirth“ aufgeführt.
Da die mitwirkenden Mitglieder größtentheils
nur aus fangeskundigen Herren bestehen, so hat
man auf einen recht interessanten Neujahrsabend
zu hoffen. Am 2. Januar findet für den
Fabrikdirektor Schultze eine Erbschaft zum
Stadtverordneten in der 2. Abtheilung im hie-
sigen SitzungsSaale des Rathhauses statt. —
Wie alljährlich, wird der Verein „Zum heiligen
Gral“ auch in diesem Jahre armen Waisen-
kindern zu Weihnachten eine Freude bereiten.

Lokales.

Thorn, den 18. Dezember.

— [Zur Ausführung der
Landgemeindevorordnung] in den
östlichen Provinzen ist jetzt bestimmt, daß
die Aufstellung der Listen der Gemeindevor-
mitglieder und sonstigen Stimmberechtigten
bis Anfang Januar 1892 zu bewirken ist.
Die Auflegung der Listen hat vom 15. bis
30. Januar zu erfolgen. Das Einspruchs-
verfahren gegen die Listen ist bis Ende März
zu beenden. Die Beschlussfassung über die
Ausdehnung des Wahlrechts auf die unteren
Einkommensteuerebenen hat an einem der
ersten Tage des April zu erfolgen. Zur Aus-
führung der Landgemeindevorordnung werden in
der nächsten Zeit die kgl. Landräthe mit den
betheiligten amtlichen Organen Konferenzen
speziell über die Bestimmungen wegen Auf-
stellung der Listen der Gemeindeglieder und
der Wählerlisten für die Gemeindevertretung
abhalten.

— [Mangel an Regierungs-
Subaltern-Beamten.] Wie mitge-
theilt wird, ist bei einer großen Zahl von
Regierungen, auch bei denjenigen zu Marien-
werder und Posen, zur Zeit ein großer Mangel
an Anwärtern für die Regierungs-Subaltern-
Beamten-Laufbahn vorhanden. Diejenigen
jungen Leute, welche diese einschlagen wollen,
müssen im Besitz des Reifezeugnisses für die
Prima eines Gymnasiums sein und außerdem
den Nachweis ihrer Vorbildung auf einem
königlichen Landrathsamte führen.

— [Im Handwerkerverein] hielt
am vergangenen Donnerstag Herr Telegraphen-
Sekretär Reerl einen Vortrag über Ursprung
und Entwicklung der Telegraphie. Der Vor-
tragende führte etwa Folgendes aus: Eins der
ersten Bedürfnisse der Menschheit ist die gegen-
seitige Mittheilung der Gedanken durch Sprache
und Schrift. Beide Mittel entsprechen aber
nicht immer den Anforderungen, weil zur
Sprache die Person gegenwärtig sein muß und
die Beförderung von Briefen auf weite Ent-
fernungen zu viel Zeit beansprucht; deshalb
sahen sich schon die Römer und Perser nach
Mitteln zu einem schnelleren Nachrichtenverkehr
um. So entstanden die Signalfener, die be-
reits im Alterthum die Einnahme Troja's
in derselben Nacht nach Griechenland brachten.
— Erst der Ausbruch der französischen Revolu-
tion zwang die französische Nation, ihre Auf-
merksamkeit auf die möglichste Vervollkommenung
ihrer Verkehrsmittel zu richten. Im Jahre
1792 legte der Bürger Chappe den gefe-
gebenden Körperschaften eine Maschine, genannt
„Tachygraph“ vor, womit der Anfang zur
Telegraphie gelegt war. In Frankreich ging
man sofort an die Einrichtung, in Preußen da-
gegen wurde die erste optische Telegraphenlinie
erst im Jahre 1832 von Berlin nach Trier
gelegt. Diese Art der Telegraphie bestand in
Signalmasten, die von einer Station zur andern
durch Signale Mittheilungen machte. Dieser
Nachrichtenverkehr erwies sich aber zur Nacht-
zeit und bei nebligem Wetter als unmöglich.
Erst einem Deutschen und zwar einem geborenen
Thornier, Namens Samuel Thomas v. Sömme-
ring, zu dessen Gedächtniß an dem Hause der
Firma L. Dammann u. Korbes eine Tafel an-
gebracht ist, gelang es, den galvanischen Strom
der Telegraphie zuerst nutzbar zu machen. Der-
selbe legte bereits am 28. August 1809 der
bairischen Akademie der Wissenschaften seine Er-
findung vor. Der Rufm, einen brauchbaren
Telegraphenapparat konstruirt zu haben, gebührt
zwei deutschen Gelehrten, den Professoren Gauß
und Weber in Göttingen im Jahre 1833.
Neben den Namen Sömmering, Gauß und
Weber haben sich zwei Amerikaner, Namens
Morse und Hughes, um die Entwicklung der
Telegraphie sehr verdient gemacht, nach deren

Namen noch heute Apparate in umfangreicher
Weise im Gebrauch sind. Die Idee, gehörig
isolirte Leitungen in die Erde bezw. ins Wasser
zu verlegen, war bereits von Sömmering und
anderen Gelehrten angestrebt, ohne nennens-
werthe Erfolge zu erzielen. Erst im Jahre
1847 legte der Lieutenant Werner Siemens in
Berlin eine Versuchsleitung von einer Meile,
welche jedoch den gehegten Erwartungen nicht
entsprach, es wurde deshalb in Preußen von
unterirdischen Leitungen vorläufig abgesehen.
Erst die orkanartigen Stürme im März 1876,
welche 2/3 der Telegraphenleitungen des deutschen
Reiches zerstörte und deren Instandsetzung einen
Kostenaufwand von 300,000 M. erforderten,
führte zur Legung von unterirdischen Leitungen.
Innerhalb 5 Jahren waren bereits 221 deutsche
Städte durch ein Kabelnetz mit einem Kosten-
aufwande von etwa 30 Millionen Mark ver-
bunden. Im Jahre 1850 wurde das erste
Untersee-Kabel in England gelegt. Versuche,
durch den Atlantischen Ozean nach Amerika
Kabel zu legen, mißglückten mehrere Male, bis
endlich im Jahre 1866 auch dieses Riesennetz
gelang und heute vermitteln bereits 12 Kabel
den Verkehr zwischen den beiden Welttheilen.
— Ursprünglich diente die Telegraphie nur
Staatszwecken. Als dieselbe dem allgemeinen
Verkehr nutzbar gemacht wurde, litt dieselbe
unter den hohen Gebühren; denn es kostete
z. B. ein Telegramm von 20 Worten von
Köln nach Königsberg etwa 12 Thaler, zur
Nachzeit das Doppelte. Im Laufe der Jahre
ist der Tarif etwa 10 Mal geändert, bis wir
auf den heutigen billigen Satz von 5 Pf. für
das Wort gekommen sind. Große Verdienste
um das Telegraphenwesen hat sich ebenfalls der
Staatssekretär Dr. v. Stephan erworben. —
Neben der Telegraphie nimmt auch das Tele-
phon einen hervorragenden Platz im Nachrichten-
verkehr ein; in Berlin sind die Sprechstellen
bereits auf 17 000 gewachsen, also mehr wie
in ganz Frankreich zusammen. Hamburg hat
6500 und Dresden 2500 Stellen. Die Zahl
der Gespräche beträgt täglich 700,000, davon
entfallen auf Berlin allein 240,000. Der Stand
des Fernsprechwesens im deutschen Reich kann
in jeder Beziehung als ein erfreulicher ange-
sehen werden; kein anderes Land in Europa
hat etwas ähnliches auch nur annähernd erreicht.
Es läßt sich erwarten, daß die deutsche Reichs-
Telegraphenverwaltung auf der beschrittenen
Bahn zu noch größeren Zielen gelangen wird.

— [Das zweite Sinfonie-
konzert] der Kapelle des Infanterie-Regi-
ments von Börde Nr. 21 unter Leitung des
Kapellmeisters Herrn Müller fand gestern Abend
im Artushof statt. Die Kapelle zeigte sich
auch gestern den Anforderungen vollständig
gemessen, wohlgeübt und folgte mit
Präzision dem geschickt geführten Taktstock
ihres Dirigenten. Das Programm war mit be-
sonderer Sorgfalt zusammengestellt und bot
durchweg im wahrsten Sinne des Wortes
klassische Musik. Das Konzert wurde durch den
Krönungsmarsch aus der Oper „Die Follinger“
von Kretschmer eröffnet, woran sich die Wieder-
gabe der „Sinfonia pastorale“, einer der
schönsten Sinfonien Beethovens, als Glanzpunkt
des Konzertes schloß. Bekanntlich verherrlicht
Beethoven in derselben in musikalischer Weise
das Landleben. Die Sinfonie wurde in jeder
Beziehung korrekt gespielt und der raschende
Beifall, der die Musiker belagte, war voll-
kommen gerechtfertigt. Besonders schön ist das
„Andante“, Szene am Bach. Flöte, Oboe und
Klarinette haben hier die Stimmen der Nachti-
gal, bezw. der Wachtel und des Ruckucks nach-
zuahmen und dies geschah in täuschender Natur-
lichkeit. Der Tanzcharakter des „Menuetto“,
der Gewittersturm und der bald fröhliche,
bald feierliche Klang des Orchesters im
Finale kamen entsprechend zum Ausdruck. Im
„Menuetto“ hatte das Horn wiederholt
hoch g einzusetzen, und wenn der Einsatz das
erste Mal auch etwas ängstlich schien, so gelang
er in der Folge doch vollkommen und kam
rein und voll heraus. Der zweite Theil des
Konzerts brachte die Ouvertüre zur Oper
„Rosamunde“ von Schubert, „Träume aus den
fünf Gebieten“ von Wagner und den hübschen
„Artushof-Festmarsch“ von Müller, in welchem
Letzterer sich wieder als tüchtiger Theoretiker und
verständnißvoller Komponist zeigte. Die sorgfältige
Einstudirung, welche bei der Pastoral-Sinfonie
glanzvoll hervortrat, war auch im 2. Theile
zu erkennen. Leider war auch diesmal der Be-
such des Konzertes nicht so zahlreich, wie das
schöne Programm und die tüchtige Ausführung
desselben es wohl verdient hätte. Hoffentlich
verliert Herr Müller dadurch nicht den Muth,
sondern schreiet auf der betretenen Bahn rüstig
vorwärts. Die beiden Kompositionen des Herrn
Müller, die „Jodelle“ aus dem ersten Sinfonie-
Konzerte und der „Artushof-Festmarsch“
wären übrigens wohl eines Verlegers werth.
Vielleicht beachtet der Komponist diesen Wink.

— [Der Kolonial-Verein]
hält am Sonnabend, den 19. d. M., Abends
8 Uhr bei Gelhorn eine zweite und letzte
Hauptversammlung ab, in welcher über Auf-
lösung bezw. Umwandlung des Vereins Be-
schluß gefaßt werden soll.

Bestellungen auf Lieferung lebender Karpfen
bittet bis zum 21. d. M. zu machen
A. Mazurkiewicz.

